

## Medienmitteilung

Freitag, 19. August 2022

IHK Business Outlook

## **Guy Parmelin in St.Gallen: Ostschweizer IHK fordern Bewegung im EU-Dossier**

**Nach wie vor ringt die Schweiz innenpolitisch nach einer Lösung im Verhältnis zur EU. Am IHK Business Outlook vom 18. August diskutierten die beiden Industrie- und Handelskammern St.Gallen-Appenzell und Thurgau mit hochkarätigen Gästen, wie es in den bilateralen Beziehungen weitergehen soll. Bundesrat Guy Parmelin hielt eine Keynote zum Standpunkt der Landesregierung in der Europafrage. Fazit des Abends: Der aktuelle Schwebzustand ist für alle Seiten unbefriedigend. Die beiden IHK fordern die Sicherung des bilateralen Wegs.**

Die unklare rechtliche Situation zur EU beschäftigt die Ostschweizer Wirtschaft. Dies illustrierte der IHK Business Outlook vom 18. August: Rund 250 Gäste folgten der Einladung der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau, um im ausgebuchten Pfalz Keller die Frage «Schweiz–EU: Wie weiter?» zu diskutieren. Höhepunkt des Abends bildete ein Referat von Guy Parmelin zum Vorgehen des Bundesrats in der Europapolitik. Zudem sorgten Anna Stünzi, Präsidentin des ausserpolitischen Thinktanks foraus und Forschende an der Universität St.Gallen, Ständerat Beni Würth und Publizist Gerhard Schwarz für ein hochdotiertes Podium, das von Tagblatt-Chefredaktor Stefan Schmid moderiert wurde. Aus Sicht der Unternehmen schätzten Andrea Berlinger, Verwaltungsratspräsidentin und Inhaberin des Toggenburger Medizintechnik-KMU Berlinger Group, sowie Andrea Roth, CEO des Romanshorner Metallbauunternehmens Gebrugg AG, die europapolitische Lage ein.

### **Klarheit in den Beziehungen schaffen**

Bundesrat Guy Parmelin betonte in seinem Referat die Wichtigkeit des EU-Dossiers: «Wir brauchen Klarheit in Bezug auf die Beziehungen zu Europa, und das bald.» Die innenpolitische Ausgangslage analysierte der Bundesrat dabei als herausfordernd. In der EU verhandle die EU-Kommission mit einem klaren Mandat der Mitgliedstaaten, so Bundesrat Parmelin. Hierzulande müssten hingegen Bevölkerung, Parteien, die Wirtschaft, und die Sozialpartner eine Lösung gemeinsam mittragen: «In der Schweiz verhandeln wir alle mit.»

### **Negative Folgen nehmen zu**

Widerspruch äusserte Ständerat Beni Würth, der das Vorgehen des Bundesrats kritisierte. Weder Parlament noch Volk hätten jemals die Möglichkeit gehabt, Stellung zur Weiterentwicklung des

bilateralen Wegs zu beziehen. Dies erschwere eine pragmatische Lösung massgeblich, so Würth. Die negativen Folgen für die Exportwirtschaft in Folge mangelnder Rechtssicherheit nehmen derweil zu, wie unter anderem Andrea Berlinger anhand konkreter Beispiele aus ihrem unternehmerischen Alltag aufzeigte: «Strategisch müssen wir uns ernsthaft fragen: Kann ein Schweizer KMU seine Exporte in die EU überhaupt noch mit einem vernünftigen bürokratischen Aufwand stemmen?»

Zu reden gab auch die ausbleibende Assoziierung der Schweiz beim europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Durch den Drittlandstatus können Forschende aus der Schweiz unter anderem keine Projektleads mehr übernehmen. Bereits jetzt sei dies auch für Forschungsk Kooperationen der Wirtschaft hinderlich, führte Andrea Roth aus. «Die Uhr tickt, und sie tickt immer lauter», fasste Anna Stünzi als Vertreterin der Wissenschaft die Lage für den Forschungs- und Innovationsstandort Ostschweiz prägnant zusammen.

### **Den bilateralen Weg stabilisieren und weiterentwickeln**

Für Markus Bänziger, Direktor der IHK St.Gallen-Appenzell, war deshalb klar, dass der aktuelle europapolitische Schwebezustand keine gangbare Alternative sein kann: «Erodieren die Bilateralen, verliert die Exportindustrie sukzessive die Vorteile der Teilnahme am europäischen Binnenmarkt.» Ein zeitnahe Klärung der bilateralen Beziehungen sei zwingend notwendig, so Markus Bänziger. Aus Sicht der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau ist dabei der bisherige bilaterale Weg zeitnah zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Denn die Alternativen dazu überzeugen nicht: Ein reines Freihandelsabkommen wird der Intensität der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen nicht gerecht; eine tiefere Zusammenarbeit im EWR oder gar als EU-Mitglied andererseits wären zu weitgehend, da mit zu grossen Nachteilen verbunden.

### **IHK-Vademecum zu den bilateralen Beziehungen**

Die EcoOst-Publikation [«Wie weiter in der Europapolitik? Handlungsbedarf und Alternativen»](#) gibt einen Überblick über die europapolitischen Optionen der Schweiz und leitet die gemeinsame Position der IHK St.Gallen-Appenzell und der IHK Thurgau her. Das Vademecum soll den Mitgliedern und einer interessierten Öffentlichkeit als Nachschlagewerk in diesem komplexen Dossier dienen und sie zu einer detaillierten Befassung mit der europapolitischen Zukunft der Schweiz einladen.

---

### **Rückfragen**

Markus Bänziger, Direktor, IHK St.Gallen-Appenzell  
markus.baenziger@ihk.ch, Tel. 071 224 10 10

Jérôme Müggler, Direktor, IHK Thurgau  
direktion@ihk-thurgau.ch, Tel. 076 373 10 11

Jan Riss, Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Medienverantwortlicher, IHK St.Gallen-Appenzell  
jan.riss@ihk.ch, Tel. 071 224 10 14